



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

XII ZB 450/16

vom

16. August 2017

in der Betreuungssache

Nachschlagewerk: ja

BGHZ: nein

BGHR: ja

FamFG § 276; BGB § 1903

- a) Das Betreuungsgericht muss durch die rechtzeitige Benachrichtigung des Verfahrenspflegers vom Anhörungstermin sicherstellen, dass dieser an der Anhörung des Betroffenen teilnehmen kann (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 21. Juni 2017 - XII ZB 45/17 - juris).
- b) Bei dem Einwilligungsvorbehalt handelt es sich um einen gravierenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen, der sich ohne weitere Feststellungen nicht rechtfertigen lässt (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 1. März 2017 - XII ZB 608/15 - FamRZ 2017, 754).

BGH, Beschluss vom 16. August 2017 - XII ZB 450/16 - LG Arnsberg
AG Arnsberg

Der XII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 16. August 2017 durch den Vorsitzenden Richter Dose und die Richter Schilling, Dr. Nedden-Boeger, Dr. Botur und Guhling

beschlossen:

Auf die Rechtsbeschwerde des Betroffenen wird der Beschluss der 2. Zivilkammer des Landgerichts Arnberg vom 24. August 2016 aufgehoben.

Die Sache wird zur erneuten Behandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsbeschwerdeverfahrens, an das Landgericht zurückverwiesen.

Wert: 5.000 €

Gründe:

I.

- 1 Der Betroffene wendet sich gegen die Einrichtung seiner Betreuung.
- 2 Das Amtsgericht hat dem Betroffenen eine Verfahrenspflegerin bestellt, ein psychiatrisches Sachverständigengutachten eingeholt und ihn angehört. Danach hat es den Beteiligten zu 3 zum Betreuer für den Aufgabenkreis Aufenthaltsbestimmung, Behördenangelegenheiten, Entscheidung über Unterbringung, Gesundheitssorge, Vermögensangelegenheiten, Vertretung gegenüber Behörden und Sozialversicherungsträgern und Wohnungsangelegenheiten be-

stellt. Darüber hinaus hat es für den Bereich der Vermögensangelegenheiten einen Einwilligungsvorbehalt angeordnet. Der Beteiligte zu 4 ist zum Ersatzbetreuer bestellt worden. Das Landgericht hat die Beschwerde des Betroffenen zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich dieser mit seiner Rechtsbeschwerde.

II.

3 Die Rechtsbeschwerde hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und zur Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

4 1. Das Landgericht hat ausgeführt, der Sachverständige sei überzeugend zu dem Ergebnis gelangt, dass bei dem Betroffenen anamnestisch eine Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis bestehe. Nachvollziehbar habe der Sachverständige die Schlussfolgerung gezogen, dass der Betroffene nicht in der Lage sei, Wesentliches von Unwichtigem zu unterscheiden. Dieser Einschätzung des Sachverständigen sei aufgrund eigener Überzeugungsbildung zu folgen. Der Betroffene sei wegen seiner Erkrankung nicht ausreichend in der Lage, vernunftgeleitet seine Angelegenheiten zu besorgen. Der objektive Betreuungsbedarf sei aufgrund der konkreten, gegenwärtigen Lebenssituation des Betroffenen zu beurteilen. Der Sachverständige habe insofern ausgeführt, dass der Betroffene wegen der angegebenen psychischen Störung nicht in der Lage sei, seine Angelegenheiten im Rahmen des später angeordneten Aufgabenkreises zu erledigen. Soweit das Amtsgericht für den Aufgabenkreis der Vermögenssorge einen Einwilligungsvorbehalt angeordnet habe, sei dies aufgrund der Ablehnungshaltung des Betroffenen erforderlich. Schließlich sei der Betroffene krankheitsbedingt zu einer freien Willensbildung und -bekundung nicht in der Lage.

5 2. Das hält rechtlicher Überprüfung nicht stand.

6 a) Zu Recht rügt die Rechtsbeschwerde, dass die Anhörung durch das
Amtsgericht verfahrensfehlerhaft erfolgt war, weshalb das Landgericht den Be-
troffenen erneut hätte anhören müssen.

7 aa) Zwar räumt § 68 Abs. 3 Satz 2 FamFG dem Beschwerdegericht auch
in einem Betreuungsverfahren die Möglichkeit ein, von einer erneuten Anhörung
des Betroffenen abzusehen. Im Beschwerdeverfahren darf allerdings nicht von
einer Wiederholung solcher Verfahrenshandlungen abgesehen werden, bei de-
nen das Gericht des ersten Rechtszugs zwingende Verfahrensvorschriften ver-
letzt hat. In diesem Fall muss das Beschwerdegericht den betreffenden Teil des
Verfahrens nachholen (Senatsbeschluss vom 21. Juni 2017 - XII ZB 45/17 -
juris Rn. 9 mwN).

8 bb) Das Amtsgericht hat die Anhörung verfahrensfehlerhaft durchgeführt,
weil es der Verfahrenspflegerin des Betroffenen keine Gelegenheit gegeben
hat, an ihr teilzunehmen.

9 (1) Der Verfahrenspfleger ist vom Gericht im selben Umfang an den Ver-
fahrenshandlungen zu beteiligen wie der Betroffene. Das Betreuungsgericht
muss durch die Benachrichtigung des Verfahrenspflegers vom Anhörungster-
min sicherstellen, dass dieser an der Anhörung des Betroffenen teilnehmen
kann. Außerdem steht dem Verfahrenspfleger ein eigenes Anhörungsrecht zu.
Erfolgt die Anhörung dennoch ohne die Möglichkeit einer Beteiligung des Ver-
fahrenspflegers, ist sie verfahrensfehlerhaft und verletzt den Betroffenen in sei-
nem Anspruch auf rechtliches Gehör aus Art. 103 Abs. 1 GG (Senatsbeschluss
vom 21. Juni 2017 - XII ZB 45/17 - juris Rn. 11 mwN).

10 (2) Diesen Anforderungen wird das erstinstanzliche Verfahren nicht ge-
recht.

11 Im Zeitpunkt der Anhörung des Betroffenen am 12. Mai 2016 war die Be-
teiligte zu 1 zu seiner Verfahrenspflegerin bestellt. Die zwischenzeitlich erfolgte
Bestellung von Rechtsanwältin F.-Ö. zur Verfahrenspflegerin hatte das Amtsge-
richt am 18. April 2016 wieder aufgehoben.

12 Den Gerichtsakten lässt sich bezogen auf diese Anhörung weder eine
Terminsverfügung noch eine Benachrichtigung der Beteiligten zu 1 von dem
Termin entnehmen. Demgemäß geht aus dem Anhörungsvermerk auch nicht
hervor, dass sie an der Anhörung teilgenommen hat.

13 Dass die Beteiligte zu 1 eine Verfahrensvollmacht des Betroffenen zur
Akte gereicht und damit auch seine anwaltliche Vertretung zu erkennen gege-
ben hat, ändert an ihrer Stellung als Verfahrenspflegerin nichts. Denn ihre Be-
stellung wirkt gemäß § 276 Abs. 5 FamFG bis zum Abschluss des Verfahrens
fort, wenn sie nicht vorher aufgehoben worden ist. Anders als im Fall der irrüm-
lich zur Verfahrenspflegerin bestellten Rechtsanwältin F.-Ö. hat das Amtsge-
richt die Bestellung der Beteiligten zu 1 indes nicht aufgehoben. Auch der Um-
stand, dass das Amtsgericht mit Beschluss vom 23. Mai 2016 zusätzlich die
Beteiligte zu 2 zur Verfahrenspflegerin bestellt hat, ändert nichts daran, dass
das Amtsgericht der Beteiligten zu 1 als wirksam bestellter Verfahrenspflegerin
Gelegenheit hätte einräumen müssen, an dem Anhörungstermin teilzunehmen.
Im Übrigen hätte sie auch in ihrer Funktion als Verfahrensbevollmächtigte von
dem Anhörungstermin benachrichtigt werden müssen (vgl. Senatsbeschluss
vom 9. November 2011 - XII ZB 286/11 - FamRZ 2012, 104 Rn. 25).

14 b) Zudem rechtfertigen die vom Landgericht getroffenen Feststellungen
nicht die Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts.

- 15 aa) Soweit dies zur Abwendung einer erheblichen Gefahr für die Person oder das Vermögen des Betreuten erforderlich ist, ordnet das Betreuungsgericht nach § 1903 Abs. 1 BGB an, dass der Betreute zu einer Willenserklärung, die den Aufgabenbereich des Betreuers betrifft, dessen Einwilligung bedarf (Einwilligungsvorbehalt). Ob dies der Fall ist, hat das Betreuungsgericht im Rahmen seiner Amtsermittlungspflicht festzustellen. Der Umfang der Ermittlung richtet sich auch danach, dass es sich bei dem Einwilligungsvorbehalt um einen gravierenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen handelt, der sich ohne weitere Feststellungen nicht rechtfertigen lässt (Senatsbeschluss vom 1. März 2017 - XII ZB 608/15 - FamRZ 2017, 754 Rn. 13 mwN).
- 16 bb) Danach ist das Landgericht seiner Amtsermittlungspflicht nicht gerecht geworden. Es hat zur Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts für die Vermögenssorge lediglich ausgeführt, dieser sei aufgrund der Ablehnungshaltung des Betroffenen erforderlich. Weitergehende Ausführungen finden sich auch im amtsgerichtlichen Beschluss nicht. Es fehlen konkrete Feststellungen dazu, dass die Anordnung des Einwilligungsvorbehalts zur Abwendung einer erheblichen Gefahr namentlich für das Vermögen des Betroffenen erforderlich ist. Abstrakte Ausführungen zu einer vom Betroffenen eingenommenen Ablehnungshaltung vermögen diese nicht zu ersetzen (vgl. Senatsbeschluss vom 15. März 2017 - XII ZB 563/16 - juris Rn. 7 ff.).
- 17 3. Gemäß § 74 Abs. 5 und 6 Satz 2 FamFG ist der angefochtene Beschluss aufzuheben und die Sache an das Landgericht zurückzuverweisen, das die erforderlichen Feststellungen zu treffen haben wird. Dabei wird das Landgericht letztlich auch zu berücksichtigen haben, dass ein Betreuer nur für Aufgabenkreise bestellt werden darf, in denen die Betreuung erforderlich ist, was wiederum aufgrund der konkreten, gegenwärtigen Lebenssituation des

Betroffenen zu beurteilen ist (Senatsbeschluss vom 22. März 2017 - XII ZB 260/16 - FamRZ 2017, 995 Rn. 7).

- 18 Von einer weiteren Begründung der Entscheidung wird abgesehen, weil sie nicht geeignet wäre, zur Klärung von Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung, zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung beizutragen (§ 74 Abs. 7 FamFG).

Dose

Schilling

Nedden-Boeger

Botur

Guhling

Vorinstanzen:

AG Arnsberg, Entscheidung vom 23.05.2016 - 25 XVII 5/16 -

LG Arnsberg, Entscheidung vom 24.08.2016 - I-2 T 43/16 -